Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Gérard Bökenkamp

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und Political Correctness im Spannungsfeld

DIE FORTSCHRITTS INITIATIVE
Zukunft gestalten!

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Impressum:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Initiativen Management
Sascha Tamm
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin

Telefon: 0 30.28 87 78 35
Fax: 0 30.28 87 78 39
info@fortschrittsinitiative.org
www.fortschrittsinitiative.org

Produktion
COMDOK GmbH
Büro Berlin

1. Auflage 2013

DAS GRUNDRECHT AUF MEINUNGSFREIHEIT UND POLITICAL CORRECTNESS IM SPANNUNGSFELD

Gérard Bökenkamp

Inhalt

Einleitung 5

Liberalismus und Meinungsfreiheit 6

Politische Korrektheit – Kein neues Phänomen 8

Politische Korrektheit und Meinungsfreiheit 8

Politische Korrektheit und die Ergebnisoffenheit der Wissenschaft 11

Wissenschaft als Wettbewerb statt politisierter Wissenschaft 11

Konflikt und Meinungsstreit in einer pluralistischen Gesellschaft 13

Spielregeln für eine liberale Debattenkultur 15

Die Unterschiede zwischen einer liberalen Debattenkultur zur Politischen Korrektheit 16

Literatur 17

Über den Autor 20

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Artikel 19

Einleitung

Die Meinungsfreiheit hat den Rang eines Menschenrechtes. Dieses Grundrecht schließt auch kritische, provozierende, alberne, dümmliche oder bösartige Meinungsäußerungen mit ein. Eine freie Gesellschaft ist ohne das Recht der freien Meinungsäußerung nicht vorstellbar. So ist es kein historischer Zufall, dass gerade die Liberalen zu Verfechtern und Vorkämpfern für das Recht auf freie Rede wurden.

Dem gegenüber steht ein aus den USA kommender Trend, der unter dem Schlagwort Political Correctness kontrovers diskutiert wird. Mit diesem Begriff wird eine bestimmte Form von Sprach- und Verhaltenskodex bezeichnet, der seine Wurzeln an den US-Universitäten und im Umfeld der Neuen Linken hat. Die Bedeutung des traditionellen angelsächsischen Bildungskanons wurde dort in Frage gestellt. Die Political Correctness kann als der Versuch verstanden werden, Sprache und Verhalten neuen Regeln zu unterwerfen, um tatsächlichen oder angeblichen Rassismus, Chauvinismus, Sexismus oder auch unliebsame politische Strömungen zu bekämpfen. Political Correctness ist kein klar definierter Begriff. Der Begriff ist selbst ein Teil des Meinungskampfes. Anhänger linker Positionen kritisieren, er sei zu einem Kampfbegriff der Konservativen geworden.[1]

In dieser Abhandlung geht es im Folgenden um das Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit und liberaler Debattenkultur zu einem weitergefassten Konzept der „Politischen Korrektheit". Dabei geht es mir weniger um den Inhalt des Diskurses, sondern um die Regeln, die dem Diskurs zu Grunde liegen. Darum soll hier untersucht werden, ob dieser oder jener Vorwurf gegen den klassischen Bildungskanon oder die etablierte Sprache argumentativ begründbar ist oder nicht.

1 http://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Korrektheit

Es geht in diesem Papier darum, grundsätzlich zu klären, wie sich der Anspruch Regeln für Form und Inhalt der Kommunikation zu setzen mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit verträgt – ganz unabhängig davon, auf welche inhaltlichen Positionen sich diese Beschränkungen beziehen sollen. Außerdem ist die Frage zu klären, wie denn über das formale Recht hinaus aus liberaler Sicht die Debattenkultur ausgestaltet sein könnte. Daraus ergibt sich die Frage, worin sich eine liberale Debattenkultur, die wie jede Kultur auf Regeln beruht, von den Ansätzen unterscheidet, die den heutigen Vorstellungen politisch korrekter Kommunikation zu Grunde liegen.

Liberalismus und Meinungsfreiheit

Es gehört zum Kern der Aufklärung Vernunft höher zu bewerten als Macht und Autorität und des Liberalismus den Unfehlbarkeitsanspruch einer Instanz abzulehnen. Das brachte den Liberalismus in der Vergangenheit oft in Konflikt mit den Kirchen, die, früher stärker akzentuiert als heute, den Anspruch auf absolute Wahrheit vertraten. Die Herausbildung der Meinungsfreiheit war eng verbunden mit dem Durchbruch der Wissenschaft und ihrer empirischen Methoden. Es setzte sich nicht nur bei den Liberalen der Gedanke durch, dass ohne Freiheit der Meinung, ein wissenschaftlicher Fortschritt nicht möglich ist.

In John Stuart Mills (1806-1873) Schrift „Über die Freiheit" hat dieser die wesentlichen Argumente, die Liberale für den besonderen Wert der Meinungsfreiheit anführen, dargelegt. Mill bringt das liberale Bekenntnis zur Meinungsfreiheit wie folgt auf den Punkt: „Wenn alle Menschen außer einem derselben Meinung wären und nur dieser einzige eine entgegengesetzte hätte, dann wäre die ganze Menschheit nicht mehr berechtigt, diesen einen mundtot zu machen, als er, die Menschheit zum Schweigen zu bringen, wenn er die Macht hätte."[2]

Dabei galten Mill falsche Meinungen nicht weniger schützenswert als richtige Meinungen, denn durch den Widerstreit der Wahrheit mit dem Irrtum, würde erstere noch klarer hervortreten. Hinzu kommt, dass man sich tatsächlich niemals sicher sein könne, dass eine Wahrheit wirklich falsch sei. Diejenigen, die darüber entscheiden wollten, welche Meinung richtig und welche falsch ist, sprechen sich selbst damit zu, über die absolute Wahrheit zu verfügen, sonst

2 John Stuart Mill, Über die Freiheit, Stuttgart 2008, S. 25.

könnten sie ein solches Urteil abschließend gar nicht fällen. Oder wie Mill sagt: „Wenn man sich weigert, eine Meinung anzuhören, weil man sie von vornherein für falsch hält, so bedeutet dies, dass man sich anmaßt, die eigene Gewissheit für eine absolute Tatsache zu halten.“[3] Jedes Unterbinden einer Erörterung sei deshalb eine Anmaßung von Unfehlbarkeit.

Mill hielt es für notwendig, die Meinungsfreiheit nicht auf bestimmte Fälle und Bereiche zu beschränken. Wer unbezweifelbare Wahrheiten von der Diskussion ausnehmen wolle, der nehme für sich selbst in Anspruch darüber zu befinden, was zweifelhaft und unzweifelhaft sei: „Eine Behauptung gesichert nennen, solange es jemanden gibt, der ihre Sicherheit abstreiten würde, wenn es ihm erlaubt wäre – der diese Erlaubnis aber nicht erhält-, heißt annehmen, dass wir und die mit uns Gleichgesinnten Richter über die Gewissheit sind und noch dazu richten, ohne die Gegenseite anzuhören. (...) Vollständige Freiheit, unserer Meinung zu widersprechen oder sie zu missbilligen, ist die einzige Bedingung, die uns rechtfertigt, sie als richtig anzunehmen zum Zweck des Handelns; unter keiner anderen Bedingung kann ein Wesen mit menschlichen Fähigkeiten eine vernünftige Sicherheit haben, im Recht zu sein.“[4]

Fassen wir Mills zentrale Argumente für die Meinungsfreiheit zusammen:

John Stuart Mills Argumente für die Meinungsfreiheit

- Man kann sich nie sicher sein, dass man im Recht ist
- Über die Zulässigkeit einer Meinung zu urteilen heißt sich Unfehlbarkeit anzumaßen
- Die freie Meinungsäußerung erlaubt die Kenntnis aller möglichen Gegenpositionen
- Nur die Möglichkeit eine Meinung zu kritisieren schafft die Sicherheit, dass eine Meinung tatsächlich durch gute Argumente begründet ist und nicht nur auf gewaltsamer Durchsetzung beruht.

3 Mill; Über die Freiheit, S. 26.
4 Mill, S. 29

Politische Korrektheit – Kein neues Phänomen

Politische Korrektheit soll hier nicht inhaltlich definiert werden, sondern formal. Demnach können wir jeden Versuch Meinungen in „korrekte", also politisch wünschbare, und „nicht korrekte", also politisch nicht wünschbare, aufzuteilen, als den Versuch zur Durchsetzung „Politischer Korrektheit" definieren. Politische Korrektheit, wie wir sie heute verstehen, entstand im Umfeld der Neuen Linken an den US-Universitäten. Fasst man den Begriff aber formal, als Ansatz Meinungen in korrekte und nicht korrekte aufzuteilen, dann kann politische Korrektheit im Grunde sowohl von „links" als auch von „rechts" kommen. Bestimmte Gruppen in der Gesellschaft können bestimmte Äußerung als moralisch fragwürdig und ästhetisch abstoßend empfinden. Ob ein Konservativer nun Anstoß an einer bestimmten Darstellung von Kirche, Familie oder Staat nimmt, oder ein Linker Anstoß an der Darstellung von Sozialleistungsempfängern oder ethnischen oder sexuellen Minderheiten macht grundsätzlich keinen Unterschied. Politische Korrektheit ist also kein neues Phänomen, sondern eine moderne Sonderform des politisch gefärbten Moralismus.

In einer Gesellschaft mag es als nicht korrekt gelten, Abtreibung ethisch zu rechtfertigen, in einer anderen Gesellschaft mag es als politisch nicht korrekt gelten, Abtreibung ethisch zu hinterfragen. In einer Gesellschaft kann ein Wissenschaftler einen Sturm der Entrüstung auslösen, weil er Teile der biblischen Erzählung widerlegt, in einer anderen Gesellschaft, weil er Grundannahmen der linken Gesellschaftspolitik bestreitet. In verschiedenen Gesellschaften sind unterschiedliche Moralvorstellungen verbreitet und in jeder Gesellschaft kann wissenschaftliche Forschung mit diesen Moralvorstellungen in Konflikt geraten. Inhaltlich sind die Positionen sehr unterschiedlich, aber der Form nach ist der Konflikt derselbe: Die Anhänger einer bestimmten Moral und Gesellschaftspolitik wollen verhindern oder erschweren, dass bestimmte Ansichten und Forschungen, die diesen Vorstellungen zuwider laufen, sanktionslos geäußert werden können.

Politische Korrektheit und Meinungsfreiheit

Wie sieht es nun mit dem Verhältnis der Politischen Korrektheit zur Meinungsfreiheit aus? Oft wird die Politische Korrektheit pauschal als der Meinungsfreiheit entgegengesetzt angesehen. So leicht kann man es sich aber nicht machen. Einfach ist es noch, wenn es konkrete Forderungen zum Verbot politisch inkorrekter Meinungen gibt. Eine solche Forderung zielt ganz offen auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit ab. Ebenso offensichtlich ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit, wenn auf dem Weg der Gewalt und Nötigung bestimmte

Meinungsäußerungen unterbunden und eine bestimmte Norm für Sprache und Verhalten durchgesetzt werden soll. Die verbale Attacke oder Kritik einer Position ist allein für sich genommen keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern fällt selbst unter das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Auch die Orientierung an bestimmten Sprachkonventionen ist nicht grundsätzlich unvereinbar mit der Meinungsfreiheit. So ist es zum Beispiel eine legitime soziale Konvention, dass in den meisten sozialen Kontexten keine Vulgärbegriffe oder Fäkalsprache verwendet werden. Solange dies die öffentliche Sphäre betrifft, die Sprachregelung auf sozialer Konvention und nicht auf staatlicher Repression beruht, ist Politische Korrektheit vergleichbar mit einem Benimmkodex und ist als solche nicht besser oder schlechter als andere Benimmkodexe in der Kulturgeschichte, auf die sich Menschen in einer Institution oder Gruppe zur Unterstützung eines möglichst spannungsfreien Umgangs miteinander geeinigt haben.

Wichtig ist die Einsicht, dass es nie die Gesellschaft im Ganzen ist, die eine Konvention durchsetzt, sondern es auch zum Pluralismus der Gesellschaft gehört, dass in unterschiedlichen Institutionen und Gruppen sich auch unterschiedliche Konventionen durchsetzen können. Dass sich in einer katholischen Studentenverbindung andere Konventionen durchsetzen als in einer sozialistischen Frauengruppe ist legitim und als Ausdruck des gesellschaftlichen Pluralismus sogar wünschenswert. Jede soziale Gruppierung hat nach Innen ihre eigenen Formen von „Politischer Korrektheit" und insoweit hat es wohl noch nie eine soziale Gruppe gegeben, in der es keine Vorstellungen darüber gab, welche Äußerung in welcher Situation angemessen ist und welche nicht.

Die Meinung, dass man bestimmte Wörter nicht benutzen sollte, oder bestimmte Positionen unmoralisch sind, muss man nicht teilen, kann man aber vertreten. Problematisch sind also im Hinblick auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht das politische Moralisieren oder auch Polemisieren an sich. Das Problem sind die Methoden, die zur Durchsetzung der Position eingesetzt werden. Drei Grenzen müssen beachtet werden, damit die Substanz des Rechtes auf Meinungsfreiheit nicht bedroht wird:

- Erstens darf es nicht zu einem Verbot der kritisierten Position kommen.
- Zweitens dürfen die Rechte der Protagonisten der kritisierten Position nicht verletzt werden.
- Drittens darf Politische Korrektheit nicht darauf abzielen Pluralismus an sich zu unterbinden und andere Positionen aus dem öffentlichen Diskurs vollständig auszuschließen.

Problematisch wird es, wenn versucht wird, die Political Correctness zu einem gesamtgesellschaftlichen und für alle und jeden verbindlichen Regelkatalog zu machen und wenn im Zuge dieses Strebens aus einer lockeren Konvention eine obsessive Sprachpolitik wird. Der Pluralismus in einer Gesellschaft sollte so ausgeprägt sein, dass Minderheitenpositionen auch in einem kritischen Umfeld eigene Räume der öffentlichen Kommunikation bewahren können. Jedes Streben, das darauf abzielt, den öffentlichen Raum im Sinne bestimmter Konventionen zu vereinheitlichen, zielt letztlich darauf ab, den gesellschaftlichen Pluralismus aufzuheben und damit die Grundlage der freien und öffentlichen Erörterung. Unter diesen Umständen ist der Buchstabe und der Geist des Rechts auf Meinungsfreiheit bedroht:

1. Wenn der Staat Meinungen mit rechtlichen Sanktionen belegt oder Zensur betreibt.
2. Wenn der Staat seinen starken Einfluss im Bildungssystem, in Schulen, Universitäten, in der Forschung, bei der Vergabe von Stellen und in seiner Medienpolitik etwa über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nutzt, um bestimmte missliebige Meinungen aktiv zu benachteiligen und andere Meinungen einseitig zu fördern und zu verbreiten.
3. Wenn Andersmeinende unter Missachtung ihrer Rechte attackiert werden, zum Beispiel durch physische Attacken oder Beschädigung ihres Eigentums oder Störung privater Veranstaltungen.
4. Bedroht ist die Meinungsfreiheit auch, wenn ein gesellschaftliches Klima entsteht, in dem stark von der Mehrheitsmeinung abweichende Positionen nur durch die Inkaufnahme existentielle Risiken und sozialer Isolation geäußert werden können.

Politische Korrektheit und die Ergebnisoffenheit der Wissenschaft

Im Bereich der Forschungseinrichtungen und Universitäten wird Politische Korrektheit wie jede moralische Konvention zum Problem, wenn diese Konvention nicht nur die sprachliche Form, sondern den Inhalt und Ergebnisse des wissenschaftlichen Diskurses bestimmen soll. Die Grundvoraussetzung für einen freien Diskurs im Allgemeinen und in der Wissenschaft im Besonderen ist die Ergebnisoffenheit.

Wenn das Ergebnis schon feststeht, dann brauch man weder zu forschen, noch zu diskutieren. Es ist zum Beispiel sinnlos, den Zusammenhang von Genen und Kultur zu erforschen, wenn von Anfang an feststeht, dass die kulturelle oder soziale Prägung das einzig akzeptable, „politisch korrekte" Erklärungsmodell abgibt. Das Studium historischer Quellen ist sinnlos, wenn von Anfang an nur eine bestimmte Deutung eines historischen Ereignisses oder eines sozialen Prozesses als kompatibel mit dem allgemein akzeptierten Weltbild gelten darf. Die Absicht religiöse Gefühle nicht verletzen zu wollen, darf zum Beispiel nicht so weit gehen, dass die Lehren und Überlieferungen einer Religionsgemeinschaft wissenschaftlich nicht mehr überprüft, hinterfragt oder ggf. auch widerlegt werden können. Wenn politische Korrektheit den Rahmen abgibt, in dem überhaupt gedacht und geforscht werden darf, dann erfüllt die Forschung nur noch die Aufgabe der Bestätigung und Legitimierung ohnehin nicht mehr hinterfragbarer Wahrheiten.

Die Lehre des Kopernikus, dass die Sonne im Mittelpunkt steht und nicht die Erde, verstieß gegen das Weltbild seiner Zeit. Darwins Erkenntnis, dass Menschen und Affen einen gemeinsamen Vorfahren besitzen, verstieß zu seiner Zeit gegen die vorherrschende Vorstellung von der Schöpfung. Beide Wahrheiten sind inzwischen akzeptiert und sind fester Bestandteil von Lehre und Forschung. Dies ist ein Beleg dafür, dass die Normen einer Gesellschaft und der Konsens wenig über die ihr zu Grunde liegende Faktenlage aussagen.

Wissenschaft als Wettbewerb statt politisierter Wissenschaft

Wie sollte also idealer Weise die Auseinandersetzung um eine strittige Frage in der Wissenschaft verlaufen und welchen Beitrag leistet die Meinungsfreiheit dazu? Nehmen wir zum Beispiel ein so umstrittenes Thema wie Anlage und Umwelt. Diese Frage wird diskutiert, solange es überhaupt eine Wissenschaft gibt, die sich mit sozialen Phänomenen auseinandersetzt. Dem Ideal des Meinungspluralismus zufolge sollte es ein breites Spektrum von Positionen geben, die miteinander im Wettbewerb liegen. Es sollte also Wissenschaftler geben,

die soziale Ungleichheit auf die soziale Umwelt zurückführen und andere, die sie auf die Veranlagung zurückführen.

Beide wissenschaftlichen Strömungen befinden sich im Wettbewerb und versuchen sich gegenseitig zu widerlegen. Sie betreiben empirische Studien auf der Suche nach zusätzlichen Argumenten für ihre Position und untersuchen die Studien ihrer Kollegen, um ihnen Fehler nachweisen zu können. Dieser Wettbewerb wird dazu führen, dass beide Seiten mehr Sorgfalt bei der Erstellung und Auswertung ihrer Daten walten lassen, als wenn es die konkurrierende Position nicht geben würde. Sie müssen auf die Gegenargumente der Gegenseite reagieren, um ihre Glaubwürdigkeit zu behalten. Auf diese Weise werden grobe Fehler aufgedeckt und die Argumentation gewinnt an Komplexität – zum Beispiel werden Vertreter der Umweltthese zugestehen, dass in einigen Bereichen auch die Veranlagungen eine Rolle spielt und umgekehrt.

In diesem Komplexitätsgewinn der Argumentation besteht unter anderem der Fortschritt in der Wissenschaft. Der Streit über die Ergebnisse der empirischen Forschung ist für den Erkenntnisprozess so wichtig wie die Ergebnisse der empirischen Forschung selbst. Das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung sollte deshalb nur methodisch, nicht aber aus Gründen der Moral kritisiert werden. Denn das würde bedeuten, dass man für die Zukunft festschreibt, dass jede empirische Untersuchung ein bestimmtes Ergebnis hervorbringen muss, oder bestimmte Ergebnisse nicht haben darf. Das würde aber empirische Forschung ad absurdum führen.

Der Erkenntnisprozess in der Wissenschaft als Wettbewerb und in der politisierten Wissenschaft im Vergleich:

A=Wissenschaftliche Mehrheitsposition
B=Wissenschaftliche Minderheitsposition

Konflikt und Meinungsstreit in einer pluralistischen Gesellschaft

Auch und gerade innerhalb von freien Gesellschaften findet in der Öffentlichkeit eine permanente Auseinandersetzung über den Wertekanon in der Gesellschaft statt. So ist es zum Beispiel für einen Politiker in den USA heute schwierig sich offen zum Atheismus zu bekennen, aber leichter sich für die Todesstrafe und freien Waffenbesitz auszusprechen. In Deutschland verhält es sich umgekehrt. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhundert war die Darstellung der Frau in ihrer traditionellen Mutterrolle akzeptiert, die Darstellung von Sexualität eher nicht, heute ist es in der Tendenz eher umgekehrt. Es finden also in der pluralistischen Gesellschaft grundlegende Paradigmenwechsel statt, um die natür-

lich stark gerungen wird. Es geht nicht darum, dass diese Konflikte vermieden werden, sondern wie man mit ihnen umgeht.

Ein ausgeprägter Meinungspluralismus und der damit verbundene Meinungsstreit werden in Deutschland oft als Bedrohung des gesellschaftlichen Konsenses und als Quelle von Unruhe und Disharmonie wahrgenommen. Dabei kann man durchaus bestreiten, dass Harmonie und Konsens ein gesellschaftlich erstrebenswertes und dem Fortschritt förderliches Ziel ist. Ralf Dahrendorf hat das fundiert bestritten. Gerade die Fähigkeit Konflikte offen auszutragen, ist eine Grundnotwenigkeit für Frieden und Demokratie. Dahrendorf hat dies prägnant auf den Punkt gebracht und ein kritisches Urteil über die Konfliktfähigkeit der deutschen Gesellschaft gefällt:

> „Das zweite Thema der sozialen Voraussetzungen der Demokratie ist die Fähigkeit, mit Konflikten zu leben. Sie war in Deutschland nie sehr ausgeprägt. Hegels absolute Wahrheiten blieben stets stärker als Goethes Ironie, geschweige denn die aufgeklärte Skepsis von Immanuel Kant, der uns daran erinnerte, dass wir zwar gerne von Arkadien träumen, die „Natur" uns aber mit Hilfe der „ungeselligen Geselligkeit" zu einem Leben fruchtbarer Antagonismen zwingt."[5]

Es ist möglicher Weise dieser geistesgeschichtliche Strang von Hegels absoluten Wahrheiten, der in Deutschland die Akzeptanz eines grundsätzlichen Dissenses über so weitreichende Fragen wie die Berechtigung des Wohlfahrtsstaates, die Wünschbarkeit von Einwanderung, die Beteiligung an militärischen Konflikten, die Finalität Europas, Veranlagung versus Umwelt, traditionelle oder progressive Familienformen, die Einschätzung des Nahostkonfliktes, die Deutung historischer Epochen usw. erschwert.

Zu den grundlegenden Schlussfolgerungen aus Dahrendorfs Erkenntnis gehört, dass ein allgemeiner Konsens über diese Fragen nicht nur kaum möglich, sondern überhaupt nicht wünschbar ist. Nicht der Konsens, sondern der Streit und die argumentative Auseinandersetzung sind die unverzichtbare Grundlage demokratischer Meinungsbildung.

Auch scharfe Polemik gegen eine Meinung sollte nicht darauf abzielen, Vertreter dieser Position existentiell zu bedrohen. Dies ist dann der Fall, wenn auch berufliche und private Lebenssituationen zur Zielscheibe werden, die mit der umstrittenen Meinungsäußerung nichts zu tun haben. Etwa wenn auch Fami-

5 Ralf Dahrendorf, Der Wiederbeginn der Geschichte, München 2004, S. 141.

lienangehörige in öffentliche Attacken mit einbezogen werden, oder die berufliche Existenz in Frage gestellt wird, obwohl diese in keinem Zusammenhang mit der kontroversen Meinungsäußerung steht.

Spielregeln für eine liberale Debattenkultur

Meinungsfreiheit ist nicht nur eine formale rechtliche Garantie, sondern es gibt auch eine Kultur der Meinungsfreiheit. Das heißt, eine Kultur des fairen Umgangs mit anderen Meinungen, die sich nicht formalrechtlich verordnen lässt, sondern auf einem von vielen – wenn auch nicht von allen – anerkanntem Ethos der Meinungsfreiheit beruht. Dieser liberalen Streitkultur liegt die Einsicht zu Grunde, dass das Recht auf Gedanken-, Meinungs- und Gewissensfreiheit zu den höchsten Gütern einer freien Gesellschaft gehört. Die Meinungsfreiheit im Einzelnen mag mitunter auch unangenehme und problematische Folgen zeitigen, aber aufs Ganze gesehen ist sie unverzichtbar für die Suche nach Wahrheit und damit Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt.

Am Ende dieser Betrachtung werden deshalb einige Überlegungen darüber angestellt, was eine liberale Debattenkultur ausmacht und worin sich diese von einer Sprachpolitik im Sinne der politischen Korrektheit unterscheidet:

Eine faire Debatte setzt die Einhaltung gewisser Grundprinzipien voraus. Ein wichtiges Prinzip ist hier die Echo-Regel: Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es aus dem Wald hinaus. Wer sich in polemischer Weise äußert, akzeptiert damit für sich das Mittel der Polemik als probates Mittel des Meinungsstreits. Er muss also folgerichtig auch damit rechnen und akzeptieren, dass andere sich in gleicher Weise mit ihm und seiner Ansicht auseinander setzen. Wer sich sachlich äußert, kann für sich auch in stärkerem Maße erwarten, dass sich die Kritiker seiner Position sachlicher Argumente bedienen. Wer Satire und Spott als sein Instrument der Auseinandersetzung wählt, muss selbst auch ertragen können zur Zielscheibe von Satire und Spott zu werden.

Darin unterscheidet sich eine liberale Debattenkultur von der Neigung zur verbalen Eskalation. Eine verbale Eskalation liegt vor, wenn mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Wenn die Erwiderung auf eine Meinungsäußerung unverhältnismäßig ausfällt.

Die liberale Debattenkultur erkennt an, dass es Sprachkonventionen und Benimmregeln gibt, die einen Diskurs erst möglich machen. Diese können aber in unterschiedlichen sozialen Kontexten unterschiedlich sein und müssen sich spontan und dezentral entwickeln. Die Regeln könnten zwischen den Dis-

kursteilnehmern ausgehandelt werden. Diese Regeln orientieren sich eher an Grundsätzen der Höflichkeit als an Vorgaben der politischen Wünschbarkeit. Das fördert den Pluralismus der Meinungen und schafft einen Rahmen auch für heftige inhaltliche Kontroversen. In der liberalen Debattenkultur geht es darum, Meinungen zu widerlegen, aber nicht darum, Menschen persönlich anzugreifen oder ihnen Schaden zu zufügen. Dem liegt die tiefe Erkenntnis zu Grunde, dass es für das Streben nach Wahrheit und Erkenntnis besser ist, viele Irrtümer zu erlauben, als einen berechtigten Einwand zu untersagen.

Die Akzeptanz solcher Regeln lässt sich nicht erzwingen, kann aber durchaus als Leitfaden dienen, auf den sich Menschen in einer Gesellschaft freiwillig verständigen.

Die Unterschiede zwischen einer liberalen Debattenkultur zur Politischen Korrektheit

Liberale Debattenkultur	**Politische Korrektheit**
„Der Ton macht die Musik" Benimmregel in einem bestimmten sozialen Kontext	Politisch verordnete Sprachregelung
Die Regeln betreffen die Form der Kommunikation	Die Regeln betreffen den Inhalt der Kommunikation
Die Regeln können zwischen den Akteuren ausgehandelt werden	Die Regeln sind gesamtgesellschaftlich obligatorisch
Die Reaktion auf kontroverse Meinungen ist inhaltliche Kritik	Die Reaktion auf kontroverse Meinungen ist soziale Sanktion
Der Diskurs bleibt ergebnisoffen	Das erwünschte Ergebnis wird vorweggenommen
Schafft einen Rahmen für Kontroversen	Zielt darauf ab, Kontroversen zu unterbinden
Fördert den Pluralismus	Zielt auf einen erzwungenen Konsens
„Echo"-Regel	Kommunikative Eskalation
Stellt die Suche nach Wahrheit höher als die gesellschaftliche Norm	Stellt die gesellschaftliche Norm höher als die Suche nach der Wahrheit

Literatur

John Stuart Mill: Über die Freiheit, Stuttgart 2008.

Ralf Dahrendorf: Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak, München 2004.

Über den Autor

Gérard Bökenkamp ist Historiker und Referent für Grundsatz und Forschung am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seine Doktorarbeit erschien unter dem Titel „Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998." Er war Chefredakteur einer Onlinezeitung und veröffentlichte zahlreiche Beiträge u. a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Deutschlandradio und eigentümlich frei. Er wurde von den Lesern von Freiheit.org zum „Autor der Freiheit 2009" gewählt.

Die Fortschrittsinitiative – Zukunft gestalten!

Deutschland hat sich in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gut behauptet. Unser Land steht nicht nur wirtschaftlich gut da – es bietet seinen Bürgern auch viele Chancen, ihre eigenen Lebenspläne zu verwirklichen und zum Gemeinwohl beizutragen. Doch Wohlstand und individuelle Chancen müssen immer wieder neu erarbeitet werden. Deshalb gilt:

Deutschland braucht Fortschritt

- zur Schaffung von Zukunftschancen und Freiheitsräumen für alle.
- zur Wahrung und Mehrung unseres Wohlstandes.
- zur Lösung der zahlreichen Aufgaben, die vor unserer Gesellschaft stehen.

Voraussetzung der überwiegend erfolgreichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte war eine grundsätzliche ordnungspolitische Weichenstellung. Sie muss auch für die Zukunft gelten:

Deutschland braucht die Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist der politische Gestaltungsrahmen, der die richtigen Anreize für wirtschaftliches Wachstum, Innovation und zivilisatorischen Fortschritt setzt. Sie ermöglicht eigenverantwortliches Handeln, Initiative und Risikobereitschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft eröffnet dem Menschen große Chancen, fordert ihn aber in gleicher Weise. Sie ermutigt und belohnt individuelle Leistung. Die sich dadurch ergebende höhere volkswirtschaftliche Wertschöpfung ermöglicht erst eine Umverteilung zugunsten sozial Bedürftiger.

Deshalb bezieht die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrer Initiative klar und eindeutig Stellung für Fortschritt und Soziale Marktwirtschaft.

www.fortschrittsinitiative.org